Landtag
Nordrhein-Westfalen
17. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 17/1476
23.06.2021

Wissenschaftsausschuss

74. Sitzung (öffentlich)

23. Juni 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

16:30 Uhr bis 18:45 Uhr

Vorsitz: Helmut Seifen (AfD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren 5

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13402

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

2 Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz) 27

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12755

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12852

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14292

Ausschussprotokoll 17/1429 (Anhörung am 12.05.2021)

Stellungnahme 17/3931
Stellungnahme 17/3932
Stellungnahme 17/3933
Stellungnahme 17/3902
Stellungnahme 17/3904
Stellungnahme 17/3903
Stellungnahme 17/3889
Stellungnahme 17/3869
Stellungnahme 17/3870
Stellungnahme 17/3846
Stellungnahme 17/3839

– Abschließende Beratung und Abstimmung

– mündlicher Bericht der Landesregierung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Wie ist die Situation der studentischen Beschäftigten an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **33**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5389

– Wortbeiträge

4 Verschiedenes **34**

hier: **Stand der Umsetzung von Erasmus+ und der European Student Card Initiative** **34**

* * *

1 Appell an die Landesregierung: Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen – Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13402

– Anhörung von Sachverständigen *(s. Anlage 1)*

(Überweisung des Antrags an den Wissenschaftsausschuss am 28.04.2021)

Vorsitzender Helmut Seifen: Ich begrüße alle erschienenen und zugeschalteten Gäste recht herzlich. Ihre Namen sind im ausliegenden Tableau aufgeführt. Ich danke den Sachverständigen für die vorab schriftlich eingereichten Stellungnahmen. Diese Stellungnahmen sind für uns eine wesentliche Arbeitserleichterung, weil wir unsere Fragen daran orientieren können.

Einige waren schon hier, für die anderen erkläre ich kurz das Verfahren: Ein mündliches Statement zu Beginn der Anhörung ist nicht vorgesehen. Wir steigen gleich in die Fragestellung ein. Jede Fraktion kann bis zu drei Sachverständigen eine Frage stellen, die sofort beantwortet wird. Da der Antrag von der SPD eingereicht worden ist, beginnen Vertreter der Antragsstellung mit den Fragen. Dann geht es nach der Größe der Fraktionen weiter.

Ich darf den Anwesenden mitteilen, dass ich hier in einer Doppelrolle sitze: Ich bin Vorsitzender des Ausschusses und leite ihn, gleichzeitig bin ich Sprecher der AfD und werde jeweils kenntlich machen, wenn ich als Sprecher der AfD eine Frage formuliere.

Wenn es keinen weiteren Klärungsbedarf gibt, können wir in die erste Fragerunde einsteigen. Herr Bell nickt mir schon zu. Bitte schön, Herr Bell.

Dietmar Bell (SPD): Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Erst einmal geht ein ganz herzlicher Dank an die Sachverständigen, die sich mit Ihren Stellungnahmen eingelassen haben und jetzt anwesend oder uns zugeschaltet sind. Vielen Dank im Namen der SPD-Fraktion, dass Sie der Einladung gefolgt sind.

Wie sind die konkreten Auswirkungen der pandemiebedingten drei Distanzsemester auf die Situation der Studierenden aus Ihrer Sicht und Erfahrung konkret? Die Frage richtet sich an den Landes-ASten-Treff, Herrn Schmitz von der Arbeitsgemeinschaft der Studierendenwerke und Frau Dr. Mangold.

Amanda Steinmaus (Landes-ASten-Treffen NRW): Drei Bereiche treten da ganz klar hervor. Das betrifft die Fragen: Wie sind die Lern- und Studienbedingungen? Wie sind die finanziellen Bedingungen? Wie steht es um die psychische Gesundheit der Studierenden?

Bei den Lernbedingungen herrschen ganz klar unterschiedliche Verhältnisse vor. Manche Studierenden haben keinen eigenen Laptop, manche haben kein stabiles oder überhaupt kein WLAN. Viele haben auch keine eigenen Lernräume, weil sie zum Beispiel besonders jetzt in der Krise noch zu Hause leben und vielleicht jüngere Geschwister da sind oder sie andere Aufgaben übernehmen müssen. Das heißt, die Bedingungen sind sehr ungleich. Es gibt eigentlich kaum eine Person, die bei allen Seminaren konstant da sein konnte und konstant so teilnehmen konnte, wie es eigentlich zu wünschen wäre.

Ein paar Laptop-Verleihe wurden an den Hochschulen eingerichtet. Die haben natürlich nicht das Volumen, um den entstehenden Bedarf ganz auffangen zu können. Auch Lernräume wurden geschaffen. Je nach Pandemieverlauf waren diese aber entweder geöffnet oder geschlossen. Das sind sehr schwierige Umstände, die zu ungleichen Bedingungen vor und bei den Prüfungen geführt haben. Hinzu kam die zeitweise Schließung der Bibliotheken.

Ich erzähle nichts Neues, wenn ich sage, dass ein Großteil der Studierendenjobs weggefallen ist. Das ist die Gastronomie, das sind Messebau und Veranstaltungen. Diese Dinge sind weggefallen und regenerieren sich natürlich nur langsam. Wenn die Gastronomie wieder öffnet, ist man nicht beim gleichen Stand wie vorher und alle haben ihre Jobs zurück.

Hinzu kommt, dass Schulden angelaufen sind, weil eine echte Hilfe vonseiten des Bundes ausgeblieben ist und man sich mit einer Überbrückungshilfe begnügt hat, die mehr ein schlechter Scherz ist als irgendetwas anderes. Sie bietet keine Planungssicherheit, beträgt höchstens 500 Euro im Monat und ist zum Überleben daher nicht geeignet. Gekoppelt wurde das mit einer Kampagne für den KfW-Kredit. Da müsste noch mehr kommen.

Diese ganzen Bedingungen kommen zusammen und sorgen dafür, dass die psychische Gesundheit der Studierenden stark leidet. Großer Leistungsdruck, großer finanzieller Druck und Isolation kommen zusammen und verbinden sich. Wenn man dann noch in einem kleinen WG-Zimmer oder einem kleinen Wohnheimzimmer mit 17 m^2 lebt, ist es schwierig, das über ein Jahr lang auszuhalten. Von daher fordern wir eine bessere Versorgung im Bereich der psychischen Gesundheit an den Hochschulen und auch Konzepte für die psychische Gesundheit der Studierenden insgesamt, um nicht nur auf den individuellen Fall zu gucken, sondern strukturell auf die Hochschulen zu schauen. Es muss gesehen werden: Worunter leiden die Studierenden konkret, und was können wir vor Ort, aber auch auf höheren Ebenen tun, um das zu verändern?

Jörg J. Schmitz (Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW *[per Video zugeschaltet]***):** Die Situation der Studierenden kann man unter der Überschrift „außergewöhnliche Belastungen“ zusammenfassen, auf die keiner der Studierenden vorbereitet war und auf die auch die Hochschullandschaft nur bedingt vorbereitet war.

Der Wegfall der Nebenjobs hat viele Studierende in eine wirklich große Unsicherheit getrieben und zum Teil mit großen Existenzängsten ausgestattet. Wir bekommen das natürlich im Bereich „BAföG“ mit. Es kam zu einer drastisch angestiegenen

Überprüfung der Anträge. Dahinter stehen die familiären Verhältnisse, die durch Kurzarbeit, durch Verlust des Arbeitsplatzes unsicherer geworden sind. Die Zahl der Studierenden, die um eine Überprüfung ihres Antrags gebeten haben, ist signifikant angestiegen. Das Landes-ASten-Treffen hat eben schon angedeutet, die Überbrückungshilfe ist eine Konstruktion, die auf eine Situation im Sommer 2020 abgehoben hat. Diese ist mittlerweile verstetigt worden, im Grundmodell aber so geblieben, dass man sich Monat für Monat neu bekennen muss und Situationen belegen muss. Die Überbrückungshilfe des BMBF als kurzfristige Sache hat sich leider, leider stabilisiert, auch wenn wir eine erkleckliche Summe nach Nordrhein-Westfalen geholt haben. Die Studierendenwerke haben rund 37 Millionen Euro ausgezahlt und 140.000 Anträge bearbeitet. Aber es ist immer noch viel zu wenig. Die Konstruktionsmerkmale muss man im Bereich der Überbrückungshilfe sehr, sehr kritisch sehen.

Darlehnskasse der Studierendenwerke: Wir merken, dass diese Finanzhilfen einerseits wichtig sind, andererseits aber bei Weitem nicht die Not so lindern können, wie das eigentlich nötig ist.

Das dritte Themenfeld betrifft das Wohnen. Die Wohnsituation der Studierenden wurde zu Lern- und Arbeitsorten. Das war vorher gar nicht so konstruiert. Damit wurden die Schwächen in der IT-Ausstattung, in der Zugänglichkeit zu schnellem Internet in den Studentenbuden – auch in den Wohnheimen der Studierendenwerke – deutlich. Diese Fokussierung auf den einzigen Lernort hat Mängel hervorgebracht.

Eine starke Vereinzelung, weniger soziale Kontakte, große finanzielle Sorgen: Im Ergebnis erleben wir bei unseren Beratungsstellen der Studierendenwerke, die insbesondere die psychosoziale und die soziale Situation der Studierenden fokussieren, einen explosionsartigen Anstieg der Nachfrage und eine deutliche Verlängerung der normalen Beratungszeit. Während wir sonst mit drei bis vier Beratungskontakten im Durchschnitt auskamen, ist das deutlich angestiegen. Wir sind jetzt bei fünf bis sechs Beratungskontakten. Das ist ein deutlicher Hinweis auf die Tiefe der psychischen Belastungen, denen die Studierenden ausgesetzt waren. Wir haben in unseren Beratungsstellen phasenweise aus der Not heraus sogar einen Annahmestopp verhängen müssen. Das ist vollkommen paradox. Eigentlich hätten wir die Kapazitäten erweitern müssen. Aber das ist aufgrund der finanziellen Rahmenbedingungen natürlich nicht so einfach möglich. Insofern ist die Forderung nach einer Stärkung der Beratungslandschaft an Hochschulen – dazu gehören auch die Studierendenwerke – sicherlich eine richtige Stoßrichtung.

Dr. Katharina Mangold (Uni Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik *[per Video zugeschaltet]*)**:** Ich will mit einer Vorbemerkung beginnen, bevor auch ich drei Punkte highlighten will und noch mal auf die Heterogenität der Studierendenschaft hinweise. Wir müssen uns immer bewusst sein, dass wir es zum Glück mit einer Vielfalt an Studierenden an den Hochschulen zu tun haben, die natürlich zum Teil unterschiedlich von diesen Bedingungen betroffen sind, unter denen sie derzeit studieren. Die konkreten Auswirkungen zeigen sich meines Erachtens verschieden. Das zeigen Studien. Man kann klar sehen, dass sich die soziale Ungleichheit, die eh schon besteht, noch mal verstärkt. Menschen, die ohnehin schon bestimmte Schwierig-

keiten oder Belastungen im Studium haben, sind jetzt vielleicht doppelt und mehrfach belastet.

Ich will noch mal auf die Qualität der Lehre hinweisen. Meine Vorrednerin hat es gerade schon gesagt. Die konkrete Auswirkung auf das Studium ist – das ist an den Forschungsergebnissen zu sehen –, dass unter der Situation der Onlinelehre gelitten wird. Das ist auch im Hinblick auf Qualitätsaspekte der Fall. Bestimmte Dinge können nicht mehr so studiert werden wie sie bisher studiert wurden. Es bleiben Dinge auf der Strecke, die ganz automatisch zu anderen Bedarfen führen. In Beratungen sehen wir ganz deutlich, dass neben der psychosozialen Beratung, auf die ich gleich eingehen werde, eine fachliche Qualifizierungsberatung notwendig ist. Hier müsste noch mal Angebot geschaffen werden. Das gibt es zwar schon; es reicht aber lange nicht mehr aus.

Eine andere konkrete Auswirkung wurde gerade schon angesprochen. Das sind finanzielle Sorgen. Wir haben in Hildesheim eine Studie mit Studierenden in Deutschland gemacht. 37 % geben an, dass sie eine schlechtere finanzielle Situation haben. Sie haben gerade schon auf die weggefallenen Nebenjobs hingewiesen. Auch Eltern in Kurzarbeit können ihre studierenden Kinder nicht mehr so unterstützen wie vor der Pandemie.

Damit hängt für Studierende zusammen, dass Familie an zentraler Bedeutung gewonnen hat. Das ist für die Studierenden, die auf familiäre Unterstützung – finanziell und darüber hinaus – zurückgreifen können, eine Chance. Für diejenigen, die das, aus welchen Gründen auch immer, nicht können … Wir beschäftigen uns viel mit jungen Menschen, die nicht bei ihren Familien groß geworden sind, sondern in stationären Jugendhilfeeinrichtungen. Für die ist die Situation dramatisch, weil sie nicht, wie viele andere in dieser Pandemiesituation, zu ihren Eltern zurückziehen können, weil sie noch mehr vereinsamen und natürlich noch größere finanzielle Sorgen haben. Wie versucht wird, diese finanziellen Sorgen aufzufangen, wurde gerade erläutert. Meines Erachtens war die Hilfe nicht ausreichend und vor allem nicht in der Niedrigschwelligkeit, wie es notwendig wäre.

Die psychische Belastung ist eine ganz konkrete Auswirkung. Das Stichwort „Vereinsamung von Studierenden“ wird in der Studie ganz deutlich. Den Tag am Computer zu verbringen, alleine zu sein, Wohn- und Arbeitsort in einem kleinen Zimmer bewältigen zu müssen, stellt Studierende vor große Herausforderungen. Das ist immer mit dem Hintergedanken der Heterogenität von Studierenden zu sehen. Es leben nicht alle in kleinen Zimmern. Nichtsdestotrotz ziehen viele aus Vereinsamung tatsächlich ins Elternhaus zurück. Das stellt für die, die das nicht können, eine Schwierigkeit dar.

Daraus erwächst die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Ausdifferenzierung von sowohl fachlicher als auch psychosozialer Beratung, als auch von Angeboten, wie sich Studierende untereinander unterstützen und beraten können. Studium ist eben viel mehr als dieser von mir genannte erste Punkt der Qualität der Lehre und des Studiums. Abseits von diesen Lernräumen sind Bildungsräume zu schaffen, die zu einer tatsächlichen Qualifikation führen.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Auch vonseiten der CDU-Fraktion ganz herzlichen Dank für Ihre Anwesenheit, die eingebrachten Stellungnahmen und Ihre Expertise, die Sie hier einbringen. Ich habe Fragen an Herrn Tiede und Herrn Müller.

Ich möchte auf die Formulierung im Antrag „Nebenjobs von Studierenden sichern das Überleben der Studierenden und sind deshalb auch so zu behandeln“ eingehen und fragen: Sehen Sie in Nebenjobs die Überlebensquelle, und wie bewerten Sie die getroffenen finanziellen Maßnahmen, um Studierende zu unterstützen?

Die SPD fordert eine digitale und analoge Erweiterung der Infrastruktur an Hochschulen.

(Zuruf: Eine Frage!)

– Eine Frage nur?

Vorsitzender Helmut Seifen: Eine Frage, Herr Dr. Nacke.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Danach gibt es weitere Runden?

Vorsitzender Helmut Seifen: Selbstverständlich. Vielleicht schärfen Sie die Frage noch mal nach.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Es geht um die Nebenjobs. Sind die tatsächlich die Überlebensquelle? Wie kann man die Maßnahmen, die der Bund getroffen hat, um die Studierenden zu unterstützen, vor dem Hintergrund bewerten, dass wir ein Landesparlament sind und Landespolitik machen?

Florian D. Tiede (Arbeitsgemeinschaft Theologiestudierende): Nebenjobs sind etwas Schönes im Studium, die über das, was wir ohnehin an Möglichkeiten haben – sei es aus dem Elternhaus, sei es BAföG, sei es Unterhalt oder eigenes Vermögen –, als Studierende durchaus sehr schätzen. Es ist vielleicht regional bedingt und hängt davon ab, in welcher Stadt das Studium stattfindet. An manchen Stellen ist es wirklich ganz gut, nebenbei zu arbeiten, wenn die Mietpreise sehr hoch sind.

Mit dem BAföG-Satz, den wir in dieser Legislaturperiode bekommen haben, lässt es sich gut studieren. Nebenjobs sind eher das, was darüber hinaus zum neueren Handy oder Sonstigem führt und nicht zum Überleben. Das Überleben ist schon gesichert. Das Überleben ist ja auch auf Landesebene dadurch gesichert worden, dass die Regelstudienzeit ausgesetzt wurde und BAföG weiter zu haben war, auch wenn die Regelstudienzeit sonst in der Coronazeit geendet hätte.

Wir haben, und auch das ist überhaupt nicht neu und nicht mit der Pandemie in Verbindung zu bringen, immer eine Möglichkeit. Ich selbst habe schon Gebrauch davon gemacht: Wenn sich das Einkommen der Eltern ändert, ändert sich die Bemessungsgrundlage für das BAföG. Von daher ist da keine riesige Schwierigkeit gegeben.

Studentische Nebenjobs könnten besser besoldet sein. Das ist, glaube ich, eine gesamtgesellschaftliche Frage: Wie viel verdiene ich, wenn ich im Restaurant arbeite? – Studentische Nebenjobs sind vielfach sicher, wenn es um Werkstudentenstellen, um Abertausende SHK-Stellen in NRW geht. Ich selbst bekam vom Rektor der Uni Münster zu Beginn der Pandemie recht zügig eine Mail, dass alle Stellen in der Wissenschaft sicher sind. Das betrifft allein an der Uni Münster, glaube ich, etwa 2.500 studentische Hilfskräfte.

Darüber hinaus wurden in verschiedenen Städten Notfonds geschaffen. Auch bei den ASten wurden Gelder sofort mobilisiert. Das war schon im vergangenen Jahr der Fall. Das war gut und richtig.

Bei den Dingen, die vom Bund kamen, hätte nachgebessert werden müssen. Es gab irgendwie Probleme. Deswegen haben extrem wenige nur davon Gebrauch gemacht und sie beantragt. Der Antrag fordert, die Überbrückungshilfen aus Landesmitteln zu übernehmen. Ich hielte es für sozial ungerecht, wenn die Personen im Nachteil sind, die im letzten Jahr keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht haben, weil sie gemerkt haben, sie müssen Zinsen zahlen und es ergibt keinen Sinn für sie, die Hilfe zu beantragen. Das wären eineinhalb Jahre später Schenkungen durch die Hintertür. Das fände ich ein bisschen schwierig.

Nebenjobs als Überlebensquelle sehe ich in Deutschland Gott sei Dank nicht. Dafür haben wir genug Bildungsgerechtigkeit in der wissenschaftlichen Ebene.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank. – Ich möchte auf einen Punkt hinweisen: Wir möchten mehrere Fragerunden durchführen und haben nur begrenzt Zeit zur Verfügung. Es wäre schön, wenn auch die Sachverständigen ihre Wortbeiträge schärfen und zuspitzen. Sie kommen aus dem akademischen Bereich und kennen sich damit aus, sehr gezielt zu antworten. Das wäre für uns sehr hilfreich. Vielen Dank. – Herr Müller, bitte schön.

Ulrich Müller (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung): Nun sagen Sie gerade vor meinem Redebeitrag, dass wir uns kürzer fassen müssen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich muss Herrn Tiede ein bisschen widersprechen. Ich sehe das nicht ganz so positiv. Studienfinanzierung ist der Knackpunkt, der vulnerable Punkt, der sehr viele trifft. Es hieß eben so schön, Corona sei eine außergewöhnliche Belastung, auf die keiner vorbereitet gewesen sei. Das ist gerade im Bereich „Studienfinanzierung“ der Fall. Sie sehen auf Seite 3 meiner Stellungnahme eine Grafik der staatlichen Studienfinanzierungsinstrumente. Die Quote der durch BAföG Geförderten sinkt seit 2012 rapide. Wir sind inzwischen bei 11 %. Herr Tiede, wenn Sie sagen, BAföG sichert das Überleben, dann gilt das vielleicht für 11 %. Aber da gibt es noch ein paar andere. Bei 11 % von 100 bleiben noch 89 % übrig. 89 % haben ein Problem.

Ich habe die Zahlen in der Grafik ja nicht erfunden. Die sind so. Die Förderquote des BAföG sinkt seit 2012, aber die anderen steigen nicht an. Das heißt, es gibt nicht mehr Kredite, es gibt nicht mehr Begabtenförderungen. Es gibt einige weitere staatliche

Förderinstrumente, ob das der Bildungskredit, der KfW-Kredit, das Deutschlandstipendium oder das Aufstiegsstipendium ist. All das stagniert oder sinkt. Das heißt im Endeffekt nichts anderes als dass die Studienfinanzierung im Wesentlichen vor Corona von Nebenjobs und vom Einkommen der Eltern abhing. Das schlägt jetzt natürlich richtig rein, weil Nebenjobs in Gefahr und zum großen Teil erst mal weggebrochen sind. Viele Eltern haben Kurzarbeit oder Einkommensverluste aus anderen Gründen. Das macht es wahnsinnig schwer, optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Sie wollen es kurz haben: Die aktuelle Situation der staatlichen Studienförderung ist mehr als suboptimal. Sie ist für solche Krisen nicht ausgelegt. Als Land haben Sie wenige Eingriffsmöglichkeiten, um das BAföG zu reformieren, aber Sie könnten zumindest darauf hinwirken, dass der Bund sich etwas vehementer dahinterklemmt.

Daniela Beihl (FDP): Stellvertretend für die FDP-Fraktion möchte ich mich bei Ihnen noch einmal dafür bedanken, dass Sie uns heute Rede und Antwort stehen und uns im Vorfeld Ihre sehr umfangreichen Stellungnahmen geschickt haben, die die Situation der vergangenen Monate sehr intensiv beschrieben haben. Viele haben beschrieben, dass der fehlende persönliche Austausch innerhalb und außerhalb des Hörsaals ein großes Problem war. Psychische Belastungen beispielsweise durch Einsamkeit haben zugenommen. Das sind pandemiebedingte Probleme, die leider, leider in ganz, ganz vielen Teilen unserer Gesellschaft vorzufinden waren, auch bei Auszubildenden, bei Erwerbstätigen etc. Ich glaube, wir sind uns hier im Haus einig, dass das eine problematische Lage ist. Für unsere Arbeit im Wissenschaftsausschuss ist es natürlich wichtig und von großem Interesse, daraus Schlüsse für die Zukunft zu ziehen.

Herr Schmitz und Herr Müller, welche Erfahrungen haben Hochschulen und Studierendenwerke aus Ihrer Sicht mit innovativen und möglicherweise auch digitalen Formaten etwa im Bereich der psychosozialen Beratung gesammelt? Welche Best-Practice-Beispiele kann man übernehmen? Was kann die Landesregierung tun, um das künftig weiter auszubauen und zu unterstützen?

Jörg J. Schmitz (Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW *[per Video zugeschaltet]***):** Vielen Dank, Frau Beihl, für dieses Schlaglicht. – Wir haben gute Erfahrungen gemacht. Um unsere eigenen Mitarbeitenden vor dem Infektionsrisiko zu schützen, sind wir sehr schnell auf digitale Formate der Beratung eingegangen. Das hat sowohl im Bereich „Chat“ als auch um Bereich der Videokonferenzen sehr gut funktioniert. Letzteres ist eine besondere Herausforderung beim besonders schutzwürdigen Themenfeld der Sozialberatung – hier werden sehr viele personenbezogene Daten und Details ausgetauscht – und der psychosozialen Beratung. Das ist selbstredend besonders schutzwürdig. Wir mussten eilends Plattformen finden, die eine Verschlüsselung anbieten und gleichzeitig nutzerfreundlich sind. Das hat über einen Zeitraum von drei, vier Wochen ziemlich geruckelt, bis wir die Plattformen hatten. Aber seitdem funktioniert es sehr gut. Es wird sehr gut von den Studierenden angenommen, mittlerweile sogar in Gruppenberatungssituationen, wenn es zum Beispiel darum geht: Wie stelle ich einen Finanzierungsplan auf, um in dieser prekären Situation weiterzukommen? Wie strukturiere ich mein Lernen in diesem besonderen Format des Distance Learning?

Die Landesregierung könnte uns sicherlich auch bei diesen Sachen unterstützen, und zwar ganz einfach finanziell. Das waren natürlich außergewöhnliche Investitionen, die wir eilends treffen mussten. Da konnten wir keine langen Anträge stellen. Das sind Sachen, bei denen das Geld wichtig ist, damit man sich auf dem Markt Systeme besorgt, die zukunftsfähig sind.

Ulrich Müller (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung): Es gibt in allem Schlechten auch was Gutes. Ich glaube, dass gerade in der Coronapandemie pragmatisch neue Wege gegangen wurden, die nicht alle unbedingt mit dem Ende der Pandemie aufhören müssen. Wir haben das Beispiel der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf genannt. Dort ist per Chat beraten worden. Es gibt viele Beispiele, wo seitens der Hochschulleitungen wieder ein ganz anderer Zugang zu Studierenden gepflegt wurde. Es ist eigentlich komisch, dass man dafür eine Pandemie braucht. Aber immerhin war das ein positiver Nutzen am Rande.

Ein bisschen schwierig finde ich die Aufgabenteilung. Es ist ein Vertreter der Studierendenwerke zugeschaltet. Subjektiv habe ich das Gefühl, dass Hochschulen ein bisschen „das Soziale“ an die Studierendenwerke wegdelegieren. Da ist es in guten Händen; das sind die Profis. Aber das heißt nicht, dass sich die Hochschulen völlig frei davon sprechen können. Hier sehe ich noch Handlungsbedarf, damit man eine Gesamtsicht hat.

Wir müssen zwischen der formalen Beratung und der Beratung zwischen Tür und Angel unterscheiden. Letzteres ist nicht mehr möglich, weil wir eben derzeit nicht zwischen Tür und Angel sind. Es wird sehr viel informell von Lehrenden geleistet, die noch Zeit für Telefonate und den Austausch per Videokonferenz haben. Aber das ist alles obendrauf. Das ist im Prinzip nicht vorgesehen. Trotzdem müssen wir Kräfte auf Gruppen konzentrieren, die es besonders nötig haben. Das sind nicht immer die, die besondere Aufmerksamkeit für sich beanspruchen, sondern die, die eher still sind und untergehen. Man müsste den Lehrenden Mut machen – was natürlich weitere Zeit bedeutet –, auf jemanden aktiv zuzugehen. Das ist in Massenveranstaltungen noch schwieriger. Insofern ist und bleibt es schwierig.

Sigrid Beer (GRÜNE): Ich darf mich für die grüne Fraktion sehr herzlich für Ihre Stellungnahmen und dafür bedanken, dass Sie uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung stehen. In den mündlichen Ausführungen und dem, was Sie uns schriftlich haben zukommen lassen, ist zum Ausdruck gekommen, wie stark die Auswirkungen sind. Die Stichworte wurden eben genannt. Es geht um Vereinzelung und große existenzielle und finanzielle Sorgen. Es geht nicht um ein Nice-to-Have, sondern um die wirklichen Lebensgrundlagen, das Zurechtkommen, und natürlich den intensiven Unterstützungs- und Beratungsbedarf. Das sind wirklich große Anforderungen. Was erwarten Sie sowohl von Bundes- als auch von Landespolitik, was zügig im Sinne der schon genannten Punkte umgesetzt wird? Die Frage richtet sich an die Vertretung der LAT NRW, Frau Kühnemann und Herrn Schmitz.

Carlotta Kühnemann (freier zusammenschluss von student*innenschaften): Das ist natürlich schwierig. Wir können nicht plötzlich allen betroffenen Studierenden ihre Depression nehmen. Das ist klar. Herr Schmitz hat angemerkt, dass die Studierendenwerke finanziell besser bei der Beratung unterstützt werden müssen. Die Beratungsangebote müssen ausfinanziert werden. Auch eine finanzielle Entlastung ist nötig, damit zumindest diese Sorgen weg sind. Diese existenziellen Sorgen sind vor allem durch die Coronapandemie entstanden, haben zum Teil aber auch schon vorher bestanden. Die Coronapandemie hat aufgedeckt, dass es vielen Studierenden schon vorher finanziell sehr, sehr schlecht ging. Diese Sorgen müssen aufgelöst werden.

Vor allem im Hinblick auf das Wintersemester muss wieder zur Präsenzlehre zurückgekehrt werden, wenn es in dem Moment verantwortungsvoll machbar ist und die pandemiebedingte Lage es zulässt, damit sich die Studierenden wieder treffen. Dabei geht es nicht nur um die Lehre, sondern auch um andere Austauschräume. Es geht darum, dass sich die Erstis wieder miteinander verknüpfen, dass es Angebote von der Universität neben den Seminaren gibt und Universität und Hochschule nicht nur als Ort zum Lernen gesehen wird.

Jörg J. Schmitz (Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW *[per Video zugeschaltet]***):** Ich möchte gerne vier Punkte kurz und knapp benennen:

Das Land und der Bund müssen dringend das BAföG reformieren. Das Minimum ist eine Öffnungsklausel für solche Krisensituationen, wie das Deutsche Studentenwerk und die Studierendenwerke in NRW es schon ganz am Anfang der Coronapandemie gefordert haben.

Der zweite Punkt ist ganz pragmatisch: Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass das Land eine Ausfallgarantie für Daka-Darlehen übernimmt. „Daka“ ist die Abkürzung für die Darlehenskasse der Studierendenwerke in NRW. Das ist eine echte Bank. Diese Bank wird in ihrem Eigen- und Kreditkapital von den Sozialbeiträgen der Studierenden gespeist. Aktuell sind wir in guten Gesprächen mit der NRW.BANK und dem FM, aber die könnten noch ein bisschen Rückenwind gebrauchen, damit das Land eine Ausfallgarantie für diese Darlehen übernimmt. Die haben eine Größenordnung von bis zu 12.000 Euro und 1.000 Euro im Monat, also wirklich eine relevante Größenordnung. Das wäre eine sehr pragmatische und sehr einfache Herangehensweise.

Der dritte Punkt ist das Thema „Beratung ausbauen“. Ich bitte Sie, immer in der Kategorie „an den Hochschulen“ und nicht „in den Hochschulen“ zu denken, wobei es viele Hochschulstandorte gibt, an denen der lange Arm der Studierendenwerke gar nicht ausreicht, weil die Hochschullandschaft dezentraler ist als die Studierendenwerke. Deswegen macht ein standortbezogenes Konzept absolut Sinn, damit es nicht zu Konkurrenzen und Doppelstrukturen kommt. Der Kölner Standort der Studierendenwerke hat eine sehr starke psychosoziale Beratungsstelle. Da macht es natürlich Sinn, die Beratungskapazitäten und -fähigkeiten auszubauen.

Der vierte und letzte Punkt ist: Schauen Sie bitte bei der Digitalisierung auch auf die Wohnheime insbesondere der Studierendenwerke. Sie müssen nicht nur von der Kapazität her erweitert werden, sondern sie müssen auch an vielen Standorten im Hinblick

auf die Möglichkeit eines schnellen Internets erweitert werden. Was haben wir in der Krise gelernt? Wohnheime werden in zunehmendem Maße in ihrer Bedeutung als Arbeits- und Lernorte gestärkt. Die Lernformate werden in Zukunft sicher digitaler sein als in der Zeit vor Corona. Das muss auf jeden Fall gestärkt werden, damit man studierfähig ist.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Schmitz. – Dann sind wir bei den Fragen …

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Vorsitzender, ich habe das LAT auch noch gefragt.

Vorsitzender Helmut Seifen: Das habe ich überhört. Wen möchten Sie hören?

Sigrid Beer (GRÜNE): Das Landes-ASten-Treffen. Ich melde mich; keine Sorge.

Vorsitzender Helmut Seifen: Entschuldigung. – Herr Zorn, bitte schön.

Tobias Zorn (Landes-ASten-Treffen NRW): Das war nicht schlimm. So konnte Frau Kühnemann anfangen, die schon sehr, sehr viel Gutes gesagt hat. – Ich möchte noch auf einen ganz einfachen Punkt hinweisen, dem wir uns in einem großen Teil unserer Stellungnahme gewidmet haben. Da geht es um die Beteiligung. Ich möchte kurz klarmachen, worum es wirklich geht. Ich bin noch mal alles durchgegangen, und wir haben im Kalenderjahr 2021 genau eine E-Mail von der Landesregierung bekommen. Das war nur eine Info über eine Änderungsverordnung, die schon in Kraft getreten ist. Da wurden wir auch nicht beteiligt. Sonst gab es in diesem Kalenderjahr keine Beteiligung von Studierendenvertretungen an irgendetwas, was die Landesregierung gemacht hat. Es wurde einfach immer über unsere Köpfe hinweg entschieden. Das ist auf jeden Fall ein Zustand, der untragbar ist. Das muss sich sofort ändern, am besten noch heute.

Hinzu kommen die Themen, die Frau Kühnemann schon angesprochen hat. Es braucht jetzt einfach klare Perspektiven für das Wintersemester. Die Landesregierung hat ohne Einbezug der Studierendenvertretung gesagt, sie möchte schon im Sommersemester noch mehr Präsenz. Das funktioniert einfach nicht, weil die Studierenden teilweise gar nicht in der Stadt sind. Das wurde eben kurz erwähnt. Die sind wieder weggezogen oder sind gar nicht erst in die Stadt gezogen, weil das Studium online war.

Wenn wir wieder Zeit vergehen lassen und Ende September sagen: „Wir machen jetzt ein Präsenzsemester“, funktioniert das nicht. Das kann man direkt wieder – um es auf gut Deutsch zu sagen – in die Tonne kloppen; denn die Studierenden sind dann einfach nicht da. Deswegen ist jetzt schon klar, dass wir eine Regelstudienzeitverlängerung für das Wintersemester brauchen. Die Freiversuchsregelung muss weitergehen. Eines ist auch ganz klar: Egal, wie das Wintersemester stattfinden wird, ob online, hybrid oder in Präsenz, es wird kein Semester wie die anderen. Wir sind dankbar für die Regelstudienzeitverlängerung und die Freiversuchsregelung. Aber nur, wenn man

frühzeitig weiß, dass diese Dinge weiterhin gelten, fällt die Belastung weg. Wenn erst Mitte des Semesters gesagt wird, dass die Regelstudienzeit verlängert wird, sitzen die Leute da, denken sich: „Jetzt habe ich mein Semester durchgeplant, weil ich dachte, das ist vielleicht das letzte Semester, in dem ich BAföG bekomme“ und haben ihre Energie schon da reingesteckt. Es muss von Anfang an klar sein, wie das Semester ausgestaltet wird. Dazu muss es jetzt direkt Gespräche geben, zu denen wir natürlich sehr gerne bereit sind.

Das BAföG funktioniert so, wie es ist, nicht. In diesem Raum gibt es hoffentlich wenig Diskussionen darüber. Ich muss Herrn Müller korrigieren. Er hat gesagt, 11 % kriegen es noch, also haben 89 % ein Problem. Leider haben die 11 % auch ein Problem, weil das BAföG eben in der derzeitigen Höhe nicht zum Leben reicht. Also haben am Ende alle ein Problem. Ich könnte das jetzt aufzählen, aber der Zeit zuliebe verzichte ich darauf. Es gibt eine super Kampagne von Studierendenvertretungen, in der ganz, ganz viele Forderungen stehen, die wir natürlich alle unterstützen. Da muss dringend was passieren.

Helmut Seifen (AfD): Als Sprecher der AfD richte ich meine Frage an Herrn Rust, an Herrn Tiede und an Frau Kühnemann. Wir haben bisher über Mängel im Bereich der Infrastruktur und der Lebenshaltung gesprochen. Das sind ganz wichtige Dinge, das wollen wir gar nicht abstreiten. Ich möchte den Blick jetzt auf den Inhaltsbereich von Lehre lenken. Man hört aus den Universitäten immer wieder: Das geht ganz gut; das klappt alles. – Ich spreche jetzt nicht von der Technik; ich spreche von der inhaltlichen Vermittlung des Lehr- und Universitätsstoffes.

Welche Folgen haben die Coronamaßnahmen und der Zwang, Unterrichtsformate fast ausschließlich digital zu vermitteln? Welche Folgen hat es für das inhaltliche Gelingen von Lehre für den Verstehensprozess, für die Möglichkeit, sich Dinge verstandesmäßig anzueignen, wie man sich das vorstellt? Welche Folgen haben die neuen Unterrichtsformate, die durchaus auch gelobt werden? – Herr Rust, bitte schön.

Florian-Marwin D. Rust (Universität Bielefeld, Student der Rechtswissenschaft): Ich muss grundsätzlich feststellen, dass viele eben nicht mit den Coronamaßnahmen zufrieden sind, in der Gesellschaft generell nicht, aber schon gar nicht an den Hochschulen. Es gibt viele Folgen infolge dieser Pandemie oder dieser künstlich aufgebauschten Pandemie. Das hat, wie ich in meiner Stellungnahme relativ ausführlich aufgezeigt habe, psychosomatische Folgen. Studenten haben sich in der Vergangenheit nicht auf den Stoff konzentrieren können.

Es ist auch so, dass die inhaltliche Komponente vollkommen vernachlässigt wird. Wie soll man, ob bei elektronischer Übertragung von Vorlesungen, Tutorien, Seminaren und sonstigen Veranstaltungen oder bei anderer Art und Form, Inhalt vermitteln können, wenn es gar keine Möglichkeit dazu gibt?

Die elektronischen Übertragungen können nicht zur Reproduktion und Erfassung des Lernstoffes beitragen. Bücher kann man sich vielleicht ausleihen. Am Rande dessen muss man allerdings berücksichtigen, dass man Bücher eben nicht so schnell ausleihen kann, weil das in praxi gar nicht so möglich ist. Das hatte ich in meiner Stellungnahme

kurz beschrieben. Aber wie soll man sich wissenschaftlich engagieren, wie soll man forschen können, wie soll man den Lernstoff aufarbeiten und erschließen, wenn die Vermittlung gar nicht stattfindet? Zur Wissenschaft gehören Forschung und Lehre. Wenn die Lehre so gut wie vollkommen wegfällt, dann kann man von einem Studenten nicht erwarten, dass er den Stoff wirklich erschließen kann.

Man muss ganz klar feststellen, dass die Reproduktion, wie ich gerade sagte, die Erfassung des Lernprozesses, einfach nicht oder nur vollkommen unzureichend stattfindet, sodass es eigentlich schon an einen Skandal grenzt.

Aus meiner ganz eigenen Erfahrung kann ich sagen, ich kann viel lesen, aber ich kann nichts erschließen, wenn ein Dozent nicht in der Lage ist, angemessen bestimmte Kommunikationstechniken zu praktizieren, wenn auch die zwischenmenschliche Kommunikation nicht stattfindet. Man lernt ja auch über Gestik oder über Mimik, über die Körpersprache. Man stellt den Kommilitonen eine Frage. Man bekommt eine aus Sicht des Fragenden gute oder schlechte Antwort. Man lernt voneinander und miteinander. All dies fällt weg. Insofern ist es doch höchst bedauerlich, dass das Lernen geradezu verunmöglicht wird.

Florian D. Tiede (Arbeitsgemeinschaft Theologiestudierende): Ich erinnere, dass es im Sommersemester 2020, also zu Beginn der Pandemie, noch ein wenig rappelte. Es war für alle eine neue und ungewohnte Situation. Da dauerte es vielleicht mal ein wenig länger, bis es in die inhaltlichen Bereiche der Vorlesungen, der Seminare usw. ging. Ich selbst komme aus einer Geisteswissenschaft. Bei den Vorlesungen ist es völlig egal, ob sie digital oder in Präsenz stattfinden. Es finden schon die ersten Gespräche statt, ob nicht in die Studienprüfungsordnung übernommen wird, dass Vorlesungen digital stattfinden können. Bei Seminaren ist das ein bisschen differenzierter zu betrachten. Es ist auch immer eine Frage von Dozierenden und Studierenden, wie gut das überhaupt stattfindet.

Das reine Online-Stellen von Texten ist keine Lehre. Das haben Rektorate an verschiedenen Stellen im Land sehr deutlich gemacht. Synchrone Angebote bei Vorlesungen sind wie eine Vorlesung in Präsenz, natürlich räumlich beengt. Aber es ging gerade um die inhaltliche Frage. Asynchrone Dinge kommen vielen Studierenden entgegen, weil ich, egal, ob ich am Strand, bei der Familie oder im Zug bin, Dinge nachholen und meine Arbeitszeit selbst einteilen kann. Ansonsten ist der Inhalt gut vermittelbar gewesen. Jedenfalls kann ich das für die Geisteswissenschaften sagen.

Carlotta Kühnemann (freier zusammenschluss von student*innenschaften): Herr Tiede hat das gerade schon angesprochen. Es gibt verschiedene Lernformen. So kommt die asynchrone Lehre tatsächlich einigen Studierenden zugute, zum Beispiel Studierenden mit Kind oder mit Pflegetätigkeiten oder Studierenden, die neben dem Studium arbeiten müssen.

Auf der anderen Seite haben Professor*innen, die vorher sehr stark dagegen waren, ihr Vorlesungsmaterial online zu stellen oder Videos von sich aufzunehmen und online zu stellen, das jetzt getan. Es geht aber auch sehr viel verloren. Es gibt Lerntypen, die Präsenzlehre und die Diskussion brauchen und nur darüber gut lernen.

Die Coronapandemie war eine Chance, die Lehre anders zu gestalten und umzudenken. Ich finde es schade, dass das überhaupt nicht passiert ist. Vorlesungen wurden aufgenommen und hochgeladen, können die nächsten zehn Jahre einfach hochgeladen bleiben, und die Dozierenden müssen nichts mehr tun. So funktioniert digitale Lehre nicht, so funktioniert gute Lehre nicht. Es braucht didaktische Konzepte für Online-Lehre, aber auch für Präsenzlehre. Damals war ja auch nicht alles toll. Grundsätzlich brauchen wir ein Umdenken, ob die Vorlesung, wie sie heute erfolgt, überhaupt noch sinnvoll ist, ob das kompetenzorientiertes Lernen und kompetenzorientiertes Prüfen ist. Wir hatten bei den digitalen Prüfungen sehr, sehr große Probleme. Es ging um Täuschungsvorwürfe usw., weil es schwierig zu kontrollieren war, ob Studierende schummelten oder nicht. Es geht bei Prüfungen aber darum, nicht einfach abgefragtes Wissen wiederzugeben. Es sollte darum gehen, Gelerntes in anderen Kontexten zu verwenden und wiederzugeben oder in Gruppenarbeiten gemeinsam an Projekten zu arbeiten. Natürlich ist das nicht in allen Disziplinen gleich möglich. Trotzdem hätte diese Chance in einem viel höherem Maße genutzt werden können. Ich hoffe, das geschieht, wenn wir zur Präsenzlehre zurückkehren.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Frau Kühnemann. – Jetzt treten wir in die zweite Fragerunde ein. Herr Bell.

Dietmar Bell (SPD): Ich würde gerne den Ball von Frau Beihl aufnehmen. Sie hat im Grunde gesagt, sie wolle wissen, wo man möglicherweise helfen kann, auch was Beratung und ähnliches angeht. Deswegen frage ich an dem Punkt noch mal etwas intensiver nach. Aus der Anhörung und den Stellungnahmen ist deutlich geworden, es gibt kurzfristige pandemiebedingte Beratungsbedarfe, aber es gibt aufgrund der veränderten Zusammensetzung der Studierendenschaft auch längerfristig Beratungsbedarfe, die nachhaltig ausgebaut werden müssten. Stichwort „Diversität“ und „soziale Herkunft“. Ich hätte gern eine Einschätzung von Frau Dr. Mangold, Herrn Müller und Herrn Schmitz, was aus ihrer Sicht in diesen Fragen notwendig ist.

Dr. Katharina Mangold (Uni Hildesheim, Institut für Sozial- und Organisationspädagogik *[per Video zugeschaltet]*): Die Stichworte heißen „weiterentwickeln“ und „die Krise als Chance nehmen“. Das klang gerade schon an. Auf das, was es schon gibt, ist weiter aufzubauen.

Konkret möchte ich den Ball von Frau Beihl mit der Frage nach innovativen Beratungsformaten aufnehmen. Ich glaube, da gibt es schon einiges, aber da braucht es noch mehr. Ich denke ganz konkret an Dinge wie Peer-to-Peer-Beratung. Es muss natürlich Beratung von Hochschulen, von Lehrenden, von Beratungsstellen an Hochschulen, von Studierendenwerken geben, aber auch von Studierenden selbst, und zwar nicht auf einer ehrenamtlichen Schiene, sondern ausfinanziert. Es gibt gute Beispiele, die schon laufen, unter anderem Online-Peer-Beratungsstellen, die viel auffangen, glaube ich.

Neben dem Gedanken, „Studierende der ersten Generation“ zu gewinnen, müssen wir einen Fokus darauf legen, die Studierenden in der aktuell schwierigen Situation zu

behalten. Die multikomplexen Problemlagen führen zu Abbruchgedanken. Die Zahlen zeigen das nicht ganz eindeutig. Wenn wir uns aber andere Studien angucken, zeigt sich, wie das zusammenhängt, wenn ich eine schwierige finanzielle Situation habe. Sie führt zu Leistungsdruck, weil ich mich auch um die Finanzen kümmern muss und nicht so viel Zeit für mein Studium aufbringen kann. Das ist ein Kreislauf. Wir müssen gut gucken, wie wir die Studierenden halten können, wie wir sie begleiten und beraten können und auch zum Beispiel finanziell oder psychosozial unterstützen können, damit sie am Ball bleiben. Wir müssen aber auch die im Blick haben, die aktuell überlegen: Nehme in der aktuellen Situation wirklich ein Studium auf? Kann ich mir das leisten? Traue ich mir das zu? Wie wird das Wintersemester? – Wir brauchen Beratungsangebote sowohl für Personen, die mit Abbruchsgedanken spielen als auch für Personen, die den Weg ins Studium finden.

Konkret könnte es helfen, den Übergang aus Hochschule zu begleiten. Da fühlen sich Hochschulen meines Erachtens wenig verantwortlich. Trotzdem ist das ein notwendiger Aspekt. Ich bin selbst aus dem Bereich der Sozial- und Organisationspädagogik. Wir haben das sogenannte Anerkennungsjahr. Das ist ein Modell, um Studierende in die Berufstätigkeit zu begleiten und wurde im letzten Jahr extrem angenommen. Die Begleitung war eine Notwendigkeit.

Was jetzt schon konkret hilft, aber weiter ausgebaut werden muss, ist, dass ganz viel zwischen Lehrenden und Studierenden passiert. Das haben die Vorredner*innen deutlich gemacht. Wenn ich konkret an meine eigenen wöchentlichen Sprechstunden denke, die ich online mit Studierenden habe, dann sind diese brechend voll. Da werden ganz vielfältige Themen angesprochen. Das ist mal leistbar, aber es braucht Ideen, wie man niedrigschwellige Möglichkeiten da bietet, wo Studierende eh ansetzen. Man braucht finanzielle Ressourcen, um diese Beratungen anbieten und ausbauen zu können.

Was die Qualität der Lehre angeht, sind wir im Sommersemester 2020 ins kalte Wasser gesprungen und hatten wenig kreative Ideen, wie wir ein gutes digitales Semester abhalten. Da kann ich mich an die eigene Nase fassen. Ich glaube, das waren nicht meine besten Lehrveranstaltungen. Aber ich glaube, dass wir viel gelernt haben und vieles – auch Gutes – bleiben wird. Es wird viel an Engagement, Kreativität und Einsatz von Dozierenden und Lehrenden geleistet. Da braucht es natürlich mehr. Man muss Hochschullehrer*innen darauf hinweisen, dass sie jetzt keine Vorlesung aufnehmen können, die die nächsten zehn Jahre so bleibt. Das ist klar.

Man muss die Potenziale sehen und konkret weitergehen. Der Grundstein für alles sind ein politischer Wille, ein klares Signal und damit verbunden finanzielle Ressourcen, um diese einzelnen Bausteine anzugehen und die Hochschulen nicht damit alleine zu lassen.

Ulrich Müller (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung): Ich kann vieles von dem unterstützen, was bisher gesagt wurde. Ein Schlüssel wäre aus meiner Sicht, dass man die vorhandenen Ansätze oder Beratungsmöglichkeiten bündelt. Es erschließt sich nicht jedem Studierenden, wer wann zuständig ist. Oft spielt das alles ineinander. Wenn es irgendeine Möglichkeit gäbe, durch die das Land

innovative Projekte fördern könnte, um die Beratung von Studierendenwerken, von AStA und Co. und von den Hochschulen in irgendeiner Form zu bündeln, wäre das total hilfreich, ob das eine gemeinsame Webseite oder ein gemeinsames Beratungshaus in Richtung „One Face to the Customer“ ist. Das wäre aus Studierendensicht eine sehr vereinfachende Sache. So kann man eine ganzheitliche Sicht hinkriegen.

Sie haben es gerade angedeutet, Frau Mangold. Ich sehe das ähnlich. Oft hängt alles mit allem zusammen. Wenn jemand ein Studium aufnehmen möchte, hat er Erwägungen inhaltlicher Art, was ihm liegt. Oft wird aber auch mitgedacht: Kann ich mir das leisten? Habe ich Zusatzkosten? Kann ich unter normalen Umständen noch nebenbei einen Nebenjob machen oder nicht? – Eine Hochschule, die Studieninteressierte nur fachlich berät, vergisst einen Teil.

Genauso ist das bei Abbruchgefährdeten. Es gibt an manchen Hochschulen ein Studienerfolgsmonitoring, bei dem festgestellt wird, welche Studierenden die eigentlichen Ziele reißen und zu wenige ECTS-Punkte sammeln. Das kann alle möglichen Gründe haben. Das kann der Fall sein, weil jemand Nachtdienste schiebt oder derzeit die ganze Zeit im Impfzentrum arbeitet, um Geld zu verdienen und einfach keine Zeit mehr hat, Scheine zu machen. Es kann daran liegen, dass jemand psychische oder soziale Probleme hat oder es einfach der völlig falsche Studiengang ist. Das zu einem frühen Zeitpunkt herauszufinden, erspart viel Ärger, viel verschenkte Lebenszeit und auch viel investiertes staatliches Geld. Deswegen wäre eine Hochschule, die auf ihre Studierenden achtet, aber auch vernünftig auf kompetente Unterstützung im fachlichen, im finanziellen, im sozialen und im psychischen Bereich verweisen kann, mein Traum.

Eine Beratung an sich ist ja nur so viel wert wie die Hilfe, die man bieten kann. Wir haben die finanzielle Seite schon diskutiert. Manchmal tun mir Beratungsstellen leid, weil sie oft nur sagen können, dass die derzeitigen Instrumente einfach nicht mehr hergeben. Das ist ein Drama. Einer der dringenden Punkte ist, das anachronistische BAföG endlich zu reformieren. Ich fand den Vorschlag von Herrn Schmitz sehr gut. Das steht witzigerweise auch in unserer Stellungnahme. Wenn das Land ein paar Mittel übrig hat – das braucht gar nicht viel zu sein – und sie zur Ablösung der derzeit noch geforderten persönlichen Bürgschaft in die Daka investieren würde, wäre das aus meiner Sicht ein sehr gut investierter Ansatz. Wir führen vom CHE seit 16 Jahren den Studienkredittest durch. Daka NRW schneidet immer sehr, sehr gut ab, hat nur das eine Manko, dass man eine persönliche Bürgschaft liefern muss. Das ist für jemanden, der ohnehin Geld braucht und dann einen Bürgen vorweisen muss, natürlich eine Katastrophe. Das ist schwer auseinanderzukriegen. Wenn das Land da einspringen würde, wäre das, glaube ich, eine sehr sinnvolle Maßnahme.

Jörg J. Schmitz (Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW *[per Video zugeschaltet]***):** Mein Vorteil ist, dass ich die Gedanken von Frau Mangold und Herrn Müller fortführen kann. Bitte verstehen Sie das auf keinen Fall als Widerspruch; denn ich unterschreibe alles, was die beiden Vorrednerinnen und Vorredner gesagt haben.

Ich möchte ein Denkmodell einbringen: Wir brauchen unter dem Stichwort „Bündelung und Weiterentwicklung der vorhandenen Strukturen“ meiner Meinung nach so was wie einen Versorgungsraum Hochschulstadt. Denken Sie bitte nicht in den fragmentierten

Hochschulen, sondern immer über Bielefeld oder Münster mit den verschiedenen Hochschulen nach. An diesen verschiedenen Hochschulen müsste sich so was wie ein psychosozialer Versorgungsraum bilden. Der muss gefördert werden. Es gibt interessante Modelle aus der psychosozialen Versorgung von anderen Bevölkerungsgruppen – von Jugendlichen, von Menschen mit Behinderung, von psychisch kranken Menschen –, in denen die Gemeinschaft der verschiedenen Beratungsstellen und Unterstützungssysteme eine Verantwortung für einen Raum übernimmt. Dies wird gefördert und nicht einzelne Akteure, die latent in Konkurrenz gehen und sich nicht untereinander abstimmen. Der Raum muss gefördert werden. Das wäre eine sehr innovative Vorgehensweise, die die vermeintlichen Konkurrenzen zwischen Beratungsstellen im Keim erstickt, aber einen Wirkungstreffer im Sinne von Weiterentwicklung und Bündelung bringt.

Daniela Beihl (FDP): Herr Müller, Frau Mangold hatte eben berichtet, dass die Studierendenschaft sehr heterogen sei. Meine Frage zielt in diese Richtung: In der Stellungnahme des CHE schreiben Sie, dass die Hochschulen sehr, sehr viele Unterstützungsmaßnahmen eigenständig auf den Weg gebracht haben. Man hat Förderfonds aufgelegt, die zum Teil vorher schon bestanden haben, man hat Systeme zur Geräteausleihe auf den Weg gebracht usw. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben:

> „Erfahrungen der Hochschulen zeigen jedoch, dass diese Angebote kaum angenommen worden sind.“

Mich interessiert, warum das aus Ihrer Sicht so ist, und bitte Sie, das etwas genauer auszuführen.

Ulrich Müller (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung): Eines zum Thema „Zufriedenheit“ vorweggeschickt, weil das eben ein bisschen schlecht wegkam: Die Hochschulen haben auf diese für alle unvorhersehbare Situation fantastisch reagiert. Im Nachhinein kann man immer sagen, es hätte besser laufen können. Aber so, wie sie es hingekriegt haben, ist das schon eine Wucht. Vor dem, was da an Überstunden, Zeit und Energie reingeflossen ist, können wir nur unseren Hut ziehen. Wir haben eine Umfrage unter 27.000 Studierenden in ganz Deutschland gemacht, was die Zufriedenheit der Studierenden hinsichtlich des Umgangs der Hochschulen mit der Coronapandemie betrifft. Das ist schon ein Schulterklopfen für die Hochschulen: 33 % der Studierenden sagen, das ist sehr gut; 37 % sagen, das ist gut. – Ich finde, das ist ein sehr, sehr gutes Zeugnis, das die Studierenden, die den Folgen unmittelbar ausgesetzt sind, ihrer Hochschule ausstellen.

Wir hätten uns alle ein anderes Leben gewünscht, aber unter den Bedingungen, die herrschten, haben die Hochschulen gut reagiert. Das liegt übrigens auch an der Autonomie. Uns ist wichtig zu betonen, dass Hochschulen gut reagieren konnten, weil sie Handlungsspielraum, Freiheiten und entsprechende Budgets hatten, die sie schnell umswitchen konnten, um richtig zu reagieren.

Nicht alle Maßnahmen, die dann getroffen wurden, haben direkt den Kern getroffen. Das ist ein Stück weit natürlich auch erst mal mit der Schrotflinte geschossen. Uns hat zum Beispiel gewundert, dass teilweise Schulungen ermöglicht wurden. Vielleicht bin

ich da ein bisschen anders gestrickt, aber ich kenne das von meinen Kindern so, dass die immer ohne Schulung klarkommen. Die fuchsen sich irgendwie rein, ob das Zoom oder Teams ist. Wir sind es noch gewohnt, die Bedienungsanleitung zu suchen, wenn wir ein Gerät bekommen. Kein iPhone hat meines Wissens eine Bedienungsanleitung. Die sind einfach gewohnt, sich das irgendwie anzueignen. – Das sind Beispiele für Maßnahmen, die im Nachhinein vielleicht nicht notwendig gewesen wären. Aber das ist den normalen Härten geschuldet und für mich kein Anlass, auf Hochschulen einzuprügeln. Die haben einen verdammt guten Job gemacht.

Dr. Stefan Nacke (CDU): Herr Müller und Herr Tiede, meine Frage knüpft an die vorherige an. Das Projekt „Next Career“ verfolgt das Ziel, Studienzweifel und Studienausstieg zu enttabuisieren, die Beratung von Studienzweiflern zu intensivieren und Studienaussteigern Perspektiven in der dualen beruflichen Ausbildung aufzuzeigen. Wie kann das Projekt junge Menschen und damit Studierende gerade in der heutigen Zeit besonders unterstützen? Sehen Sie da Möglichkeiten? Ich frage das, weil ich nebenberuflich Landesvorsitzender des Kolpingwerkes bin und die duale Ausbildung auch gut finde.

Ulrich Müller (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung): Sie sprechen damit ein ganz wichtiges Thema an. Meine älteste Tochter macht gerade Abi. Von allen Seiten kommt der Druck: Du studierst doch sicher. Was studierst du? – Wir sehen in einer akademischen Bildung einen höheren Status als in einer beruflichen. Das ist ein Grund dafür, dass sich manche durch ein Studium quälen, das ihnen nicht liegt, nur weil sie glauben, sie müssten es. Ich bin über jede Beratung erfreut, die ergebnisoffen an die Frage herangeht. Das betrifft Studieninteressierte und Bildungswillige vor der Aufnahme eines Studiums, aber auch während eines Studiums, wenn man merkt: Es passt nicht. – Ich finde es sehr wichtig, dass man von allen Seiten deutlich macht, und dazu können Sie im Landtag auch einen Beitrag leisten, dass die berufliche Bildung der akademischen in keiner Weise unterlegen ist.

Ich hatte vor Kurzem einen Handwerker, einen Klempner, bei mir zu Hause, der sagte: Es ist ein Drama. Ich lehne so viele Aufträge ab. Ich könnte richtig reich werden, ich kriege nur keine Leute. – Er sagte, er hatte vor Kurzem einen Schülerpraktikanten, der sagte, das sei genau sein Beruf. Dann sagte der Klempner zu ihm: Ich gebe dir sofort einen Lehrvertrag. – Der Praktikant hat unterschrieben, ging zu seiner Lehrerin, und die fragte nur: Bist du wahnsinnig? Was soll denn aus dir werden? – Dann hat der Praktikant seine Unterschrift zurückgezogen.

Der Druck entsteht dadurch, dass man glaubt, man sei ein halber Mensch, wenn man „nur“ beruflich gebildet sei. Insofern finde ich das legitim. Im Antrag war auch ein Rückholprogramm angedacht. Ich bin dafür, dass man jeden bestärkt und in finanziell oder psychisch schwierigen Phasen Mut macht, der im Studium steckt, das Potenzial und Interesse am Fach hat und das durchziehen will. Solche Menschen brauchen ganz viel Rückenwind und Mut. Aber es bedarf auch einer ehrlichen Ansprache, wenn man merkt, dass es für alle Beteiligten eine Qual wird. Da muss man Alternativen in den

Blick nehmen, die nicht schlechter sind, auch nicht von den späteren Berufs- oder Einkommenschancen her. Als Fachkraft ist man begehrt.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Müller. Ich glaube, Sie sprechen vielen aus der Seele. – Herr Tiede, bitte schön.

Florian D. Tiede (Arbeitsgemeinschaft Theologiestudierende): Ich kann mich vielem von dem, was Herr Müller gesagt hat, nur anschließen. Er hat das im Antrag angesprochene Rückholprogramm erwähnt. Wenn wir Tausende Architekt*innen aus unseren Universitäten entlassen, aber keine Person mehr finden, die das Haus materialiter baut, ist uns mit zig Tausenden Akademiker*innen nicht geholfen. Trotzdem ist es gut, dass wir in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit haben, gut zu studieren, breit zu studieren und hin und her zu switchen. Auch diese Möglichkeiten gibt es. Man kann im Programm Next Career schauen: Was ist es? Wo stehe ich gerade? Was habe ich vielleicht im Laufe des Studiums noch über mich selbst gelernt? Wo könnte es vielleicht hingehen? Das Programm bewerte ich durchweg positiv.

Sigrid Beer (GRÜNE): Das kommende Semester ist eben schon mal angesprochen worden. Es braucht Vorlauf und kann nicht wie durch einen umgelegten Schalter wieder starten. Umso wichtiger ist die Frage, welche Vorbereitungen Sie erwarten, damit der Präsenzbetrieb an den Hochschulen verlässlich und mit dem notwendigen Infektions- und Gesundheitsschutz stattfinden darf. Ich erinnere an die Impfdebatten und die Frage, wer wann Impfangebote bekommen kann und ob das alles so funktioniert. Wir wissen nicht, wie sich die Situation im Herbst angesichts von Mutationen darstellen wird. Darüber muss man sich präventiv Gedanken machen. Was erwarten Sie an konkreter Vorbereitung für den Start des Wintersemesters, damit Präsenz gelingen kann und der Infektionsschutz gewährleistet ist? Die Frage richtet sich an LAT NRW und Frau Kühnemann. Ich bitte auch Herrn Schmitz um eine Antwort; denn auch zu der Frage sind die Studierendenwerke unabdingbar einzubeziehen.

Amanda Steinmaus (Landes-ASten-Treffen NRW): Ich glaube, der wichtigste Punkt ist immer noch die Planungssicherheit. Es ist schwierig, in die Zukunft zu sehen, aber man muss trotzdem Aussagen darüber treffen, wie es ablaufen wird. Das bedeutet auch, dass man den Studierenden diese Maßnahmen ermöglicht. Man kann nicht einfach sagen: Wir gehen im Wintersemester in Präsenz. – Man braucht die Testkapazitäten. Man braucht die Sicherheit, dass zumindest ein beträchtlicher Teil schon geimpft ist. Das ist klar, das muss ich eigentlich nicht erwähnen. Aber man muss es den Studierenden auch ermöglichen, an den Studienort zu ziehen. Man muss finanzielle Hilfen dafür bereitstellen. Anders geht es nicht, anders werden die Studierenden nicht in die Städte zurückkommen.

Man muss auch mal sagen, Studieren muss man sich leisten können. Das darf eigentlich nicht sein. Jeder Mensch muss die freie Wahl haben, ob er eine Berufsausbildung machen oder studieren möchte. Im Moment kann man das nicht so leicht auswählen, weil sich ganz viele aus finanziellen Gründen gar kein Studium leisten können, vor

allem in den teureren Städten nicht. Wir haben genug Städte in NRW, die keine klassischen Unistädte sind und in denen es sich auch gut studieren lässt. Aber da studieren eben diejenigen, die sich das woanders nicht leisten können. Man muss es jedem ermöglichen, dort zu studieren, wo er möchte. Anders ist keine Bildungsgerechtigkeit zu erreichen. Man muss diese Hochschulstädte aber auch so ausstatten, dass ein soziales Leben dort möglich ist und die Studierenden in der Stadt ankommen möchten. Das liegt mir besonders am Herzen. Das hat man schon vor Corona gesehen, das sieht man während Corona, und in der unsicheren Zeit im Wintersemester wird das auch noch mal so sein. Es muss irgendwelche sozialen Angebote geben, damit die Studierenden das überhaupt aushalten können.

Carlotta Kühnemann (freier zusammenschluss von student*innenschaften): Ich kann an das anschließen, was Frau Steinmaus gesagt hat. Vor allem bei den Universitäten und Hochschulen im Ruhrgebiet fehlt es einfach an Räumen für Studierende. Das sind Universitäten, bei denen die Leute hin- und zurückpendeln. Es findet eigentlich kein Leben auf dem Campus selbst statt, und es ist auch kein Geld da. Es ist nicht so, als ob der Wille an den jeweiligen Universitäten fehlen würde, das weiter auszubauen. Es fehlt einfach an Geld, schöne Aufenthaltsbereiche zu gestalten.

Ein ganz wichtiger Punkt sind Testzentren, falls es zur Präsenzlehre kommt, damit sich alle Studierenden sicher sein können, dass sie sich nicht im Hochschulbetrieb infizieren und vorher Tests stattfinden können. Darüber hinaus ist Impfen wichtig. Das ist natürlich schwierig. Die Studierenden gehören nicht zu der Gruppe, die prioritär geimpft wurde. Das ist verständlich, weil sie nun mal jung sind und die Sterblichkeit usw. Sie wissen das. Die Studierenden sind wahrscheinlich die letzte Gruppe, die geimpft wird, aber auch die, die seit März alleine zu Hause sitzt. Bei den Universitätskliniken gibt es Kapazitäten, damit die Studierenden sehr schnell durchgeimpft werden könnten, wenn es genug Impfstoff gäbe. Es muss wirklich ein Blick darauf liegen, die Studierenden recht schnell durchzuimpfen, sobald das möglich ist. Die Impfzentren sollten daher nicht geschlossen werden. Viele, die nicht zu den Eltern zurückgezogen sind, wohnen am jeweiligen Hochschulstandort, haben da aber noch keinen Hausarzt oder nicht das Netzwerk, kennen also niemanden, der zufällig auch jemanden kennt, um geimpft zu werden, wie das manchmal ist.

Frau Steinmaus hat die Finanzierung angesprochen. Es gab vor Kurzem ein Urteil zum Jahr 2014/2015. Es ging darum, dass das BAföG nicht zum Leben ausreicht bzw. unter dem Existenzminimum liegt und eventuell sogar verfassungswidrig ist. Dieser Fall ist jetzt ans Bundesverfassungsgericht gegangen. Da wird sich zeigen, ob die Bedarfsberechnung des BAföG überhaupt angemessen ist. So, wie es jetzt gestaltet ist, reicht es in einigen Städten definitiv nicht zum Leben aus.

Jörg J. Schmitz (Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW *[per Video zugeschaltet]***):** Aus Perspektive der Studierendenwerke in Nordrhein-Westfalen ist es vor allen Dingen wichtig, und das hört sich jetzt sehr einfach an, dass die Hochschulen möglichst zeitnah für das Wintersemester eine klare Information geben, in welchem

Umfang sie Präsenz vor Ort brauchen bzw. wünschen. Diese Problematik ist mir klar. Wahrscheinlich fragen die Hochschulleitungen: Woher sollen wir das wissen?

Wir müssen uns vorstellen, dass das Leben am Campus immer erst mit einem erheblichen Vorlauf zurückkehrt. Das hat auch was mit den organisatorischen Entscheidungen zu tun, die ein Studierender vor Semesterbeginn treffen muss: Wo komme ich räumlich unter? Wo wohne ich? Wie finanziere ich mich? – Das sind Vorläufe, die man jedem überlassen muss. Dafür braucht er Zeit. Dafür braucht er zum Teil auch Beratung. Wenn er diese Vorleistung nicht erbringt, wird er eine Lösung für sich finden, und nicht selten wird die Lösung sein: Ich werde mich darauf einstellen, nicht zum Hochschulstandort zurückzukehren. – Das würde wahrscheinlich die Fortsetzung der derzeit bekannten suboptimalen Situation bedeuten.

Eine frühzeitige klare Kante der Hochschulen, dass sie zum großen Teil zur Präsenzlehre zurückkehren, ist erforderlich. Was ist die Voraussetzung dafür? Das, was wir alle wissen: Wir brauchen ausreichend Impfstoff, damit jeder ein Impfangebot bekommt. – Wir können das alle beklagen und mehr oder weniger kritisch sehen, aber das ist die Achillesferse aller Diskussionen.

Die Studierenden und das Lehrpersonal, übrigens auch das Personal in den Studierendenwerken, das direkt in Kontakt mit Menschen tritt – zum Beispiel das Mensapersonal – müssen geimpft sein, damit es wieder einen verantwortbaren Präsenzbetrieb an den Hochschulen gibt.

Helmut Seifen (AfD): Danke schön, Herr Schmitz. – Ich darf als Sprecher der AfD noch eine Frage an Herrn Rust, Herrn Schmitz und Herrn Müller stellen. Die Anhörung findet ja anlässlich des Antrags der SPD statt, in dem zahlreiche Folgen der Coronamaßnahmen aufgegriffen werden, die hier zum Teil oder ganz bestätigt worden sind, und zu denen Hilfen angeboten werden. Wir müssen von Ihnen erfahren, ob diese Hilfen geeignet wären. Nach Ihrem Sachverstand wollen wir dann entscheiden. Deswegen frage ich: Sind die Vorschläge, die im Antrag der SPD enthalten sind, geeignet? Beispiele sind das Angebot von Leihgeräten und Softwareprodukten, die Nutzung digitaler Räume der Universitäten für soziale Begegnungen und der Ausbau von Beratungsangeboten. Sie kennen diese Forderungen. Sind die geeignet, um all das aufzufangen, was fehlende Präsenzlehre verursacht? – Herr Rust, bitte schön, Sie haben das Wort.

Florian-Marwin D. Rust (Universität Bielefeld, Student der Rechtswissenschaft): Sie sind mit Sicherheit geeignet, um Schlimmeres zu verhindern, was infolge der Corona-Wahnsinnspolitik betrieben wurde. Aber man muss ganz klar sagen, es ist grundsätzlich zu hinterfragen, ob es überhaupt nötig gewesen wäre, diese künstlich geschaffenen Hilfen an die Studenten heranzutragen. Man hätte sich dieses viele Geld, diese Millionen und Milliarden, die jetzt landesweit und bundesweit dafür ausgegeben werden, sparen können.

Ich sehe nicht den Sinn darin, grundsätzlich Studenten zu unterstützen. Aber es ist selbstverständlich, dass man Studenten, die ja nun wirklich nichts für diese Situation können, mit hinreichenden Mitteln unterstützt, alimentiert und finanziell und technisch

ausstattet. Insofern kann ich das sehr begrüßen, muss aber noch mal ganz klar sagen, dass das alles nicht nötig wäre. Es ist vollkommen redundant, diese Hilfen zu leisten.

Die meisten der von der SPD-Fraktion beantragten Maßnahmen werden mit Sicherheit die ganze Situation im positiven Sinne schwächen, dass man die Katastrophe also weiter verschleppt. Aber letztendlich gibt es in der Gesellschaft auch ein Bewusstsein, dass man mit Finanzen nicht derart leichtfertig umgehen kann, dass man eine künstlich geschaffene Pandemie damit zu alimentieren und zu beseitigen versucht.

Jörg J. Schmitz (Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW *[per Video zugeschaltet]***):** Die dem Antrag zugrunde liegende Analyse ist in sehr weiten Teilen zutreffend. Auch das Sample der vorgeschlagenen Maßnahmen trifft weitgehend den Nerv, der im Moment als problematisch angesetzt wird. Die Maßnahmen sind stimmig. Man muss sicherlich hier und da über die Ausformulierung der Maßnahmen diskutieren. Ich denke zum Beispiel an die Mobilitätsbeiträge. Das ist ein Beispiel, von dem wir denken, das hätte man gut vor einigen Monaten diskutieren können. Zum Teil ist es eine etwas verspätete Reaktion in dieser Diskussion. Aber im Grunde genommen sind das ganz wichtige Ansatzpunkte, die sehr bedenkenswert sind. Es wäre klug, wenn die Landesregierung diese Punkte weiterdenkt und auch umsetzt.

Ulrich Müller (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung): Herr Vorsitzender, Sie mögen kurze Antworten. Meine Antwort lautet: Der Antrag der SPD spricht wichtige Themen an und spricht Gedanken aus, die es wert sind, weitergedacht zu werden und vielleicht noch weiterentwickelt zu werden.

Dietmar Bell (SPD): Ich habe in der dritten Runde nur eine ganz kurze Frage an Herrn Schmitz: In der Presseberichterstattung des „Kölner Stadt-Anzeigers“ vom 18.06. stand die Überschrift: Coronahilfe nur für wenige Studierende. – Durch die Journalisten ist noch mal geprüft worden, wie viele Studierende durch die Überbrückungshilfe erreicht werden. Ich zitiere mit Erlaubnis des Vorsitzenden:

> „Im Mai 2021 wurden beispielsweise nur 658 von 90.000 Kölner Studierenden gefördert – weniger als 1 %. Im Höchstfall, im Juni 2020, waren es 1.792 Studierende – knapp 2 %.“

Ich wüsste von Ihnen gern, ob die Zahlen zutreffend sind.

Jörg J. Schmitz (Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW *[per Video zugeschaltet]***):** Ja, das ist zutreffend.

Daniela Beihl (FDP): Ich habe eine ganz kurze letzte Frage an Herrn Müller, weil ich an einer Stelle beim Lesen hellhörig geworden bin. Es geht um den Mobilitätsbeitrag. Können Sie noch mal ausführen, warum Sie die Erstattung des Mobilitätsbeitrages skeptisch sehen?

Ulrich Müller (CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung): Wir waren da etwas gespalten; denn natürlich gönne ich Studierenden alles Geld, was die kriegen können. Das ist gar nicht das Thema. Andererseits geht es darum, dass unser aller Steuermittel sinnvoll verwendet werden, und das wäre eine nachträgliche Erstattung für etwas, was die Studierenden garantiert nicht so umfangreich in Anspruch nehmen konnten, wie sie es unter normalen Umständen hätten in Anspruch nehmen können. Das ist aber schon passé. Die Mobilitätsbeschränkungen sind zum großen Teil aufgehoben worden. Ich sehe es ähnlich wie Herr Schmitz. Dieser Vorschlag kommt mir einfach zu spät. Es wäre direkt am Anfang ein tolles Signal nach dem Motto gewesen: Studierende, ihr müsst wirklich zurückstecken. Hier ist ein Signal der Wertschätzung für euch. – Das hätte ich nachvollziehen können. Jetzt ist es eigentlich zu spät, und die Verkehrsbetriebe haben ihren Betrieb niemals ganz eingestellt. Es war also immer ein gewisser Gegenwert vorhanden.

Ich glaube, das Einzige, was zählt, ist, dass wir möglichst schnell wieder einen neuen Normalbetrieb mit vielen Impfungen, mit einem höheren Anteil an Präsenz kriegen. Das ist für Studierende viel wertschätzender als im Nachhinein irgendwas zu kaschieren.

Vorsitzender Helmut Seifen: Vielen Dank, Herr Müller. – Die Zeit ist fortgeschritten, ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Ich beende die Anhörung und bedanke mich ganz, ganz herzlich bei den Sachverständigen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Restnachmittag und vor allen Dingen eine gute Heimkehr.

Das Protokoll der Anhörung wird in einiger Zeit im Internetangebot des Landtags abrufbar sein. Nach Vorlage des Protokolls wird sich der Ausschuss weiter mit dem Antrag befassen und ihn diskutieren.

Ich wünsche Ihnen eine gute Heimreise und bedanke mich nochmals ganz herzlich bei Ihnen. Natürlich bedanke ich mich auch bei den zugeschalteten Sachverständigen und wünsche Ihnen einen schönen Nachmittag. Auf Wiedersehen.

2 Gesetz zur Weiterentwicklung des Weiterbildungsgesetzes (WbG-Weiterentwicklungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12755

Entschließungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12852

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der FDP und
der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
Drucksache 17/14292

Ausschussprotokoll 17/1429 (Anhörung am 12.05.2021)

Stellungnahme 17/3931
Stellungnahme 17/3932
Stellungnahme 17/3933
Stellungnahme 17/3902
Stellungnahme 17/3904
Stellungnahme 17/3903
Stellungnahme 17/3889
Stellungnahme 17/3869
Stellungnahme 17/3870
Stellungnahme 17/3846
Stellungnahme 17/3839

– Abschließende Beratung und Abstimmung

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Wissenschaftsausschuss – federführend –, an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen, an den Hauptausschuss, an den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend sowie an den Ausschuss für Schule und Bildung am 03.03.2021; Zustimmung AFKJ, HPA)

Gabriele Hammelrath (SPD) hebt das gemeinsame Bemühen der Beteiligten hervor, das Beste für die Träger der Weiterbildung, die einzelnen Einrichtungen, aber auch die Dozentinnen und Dozenten sowie die Teilnehmenden zu erreichen. Ziel sei eine Verbesserung der Rahmenbedingungen gewesen, um eine gute Weiterbildungssituation zu gewährleisten. Das zeichne den vorliegenden Gesetzentwurf aus. Das bisher schon gute Gesetz werde an die aktuellen Gegebenheiten angepasst.

Eine andere Form der Finanzierung ermögliche künftig neue und unterschiedlichste Formen wie digitales Lernen und Zielgruppenarbeit, aber auch überregionale Kooperationsangebote.

Auch die Einrichtungen selbst seien gehalten, sich weiterzuentwickeln, damit sie sich und den jeweiligen gesellschaftlichen Herausforderungen stellen könnten.

Der Änderungsantrag sei Ergebnis der Anhörung und der Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Weiterbildungseinrichtungen und der Landesverbände. Er zeige, wie ernst deren Anliegen und Meinungen das Parlament nehme. Sowohl durch den Gesetzentwurf als auch durch den Änderungsantrag versuchten die Fraktionen, der Weiterbildung und ihrer Bedeutung gerecht zu werden.

Sigrid Beer (GRÜNE) unterstreicht ebenfalls die große Einigkeit zwischen den Fraktionen. Weiterbildung sei kein Feld der politischen Auseinandersetzung. Mit dem Gesetzentwurf sei eine gemeinsame und tragfähige Basis gefunden worden, um die Zukunftsweichen für den Weiterbildungsbereich zu stellen. Sie danke den Kolleginnen und Kollegen für die konstruktiven Beratungen, aber auch den Weiterbildungsträgern und -einrichtungen, die sich stark eingebracht hätten. Parlamentarischem Staatssekretär Kaiser sei das Gelingen dieses Beteiligungsprozesses ein persönliches Anliegen gewesen. Dafür danke sie ihm und den Mitarbeitenden im Ministerium.

Der Begriff des Bildungsbudgets im Änderungsantrag mache den gewählten Ansatz sehr deutlich. Zusätzlich betone ein Entschließungsantrag die politische Basis.

Der bisherige § 17 finde sich im neuen Gesetz in § 20 wieder und erwähne Möglichkeiten für Präsenzbildung, die im Rahmen der Investitionen ausdrücklich mitgedacht worden seien.

Leider sei keine Dynamisierung in den Gesetzentwurf aufgenommen worden. Dennoch bestehe der gemeinsame politische Wille zur weiteren Finanzierung; zusätzliche Schritte zur finanziellen Konsolidierung und zur Unterstützung der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen sollten gegangen werden.

Raphael Tigges (CDU) bestätigt, die Novelle des Weiterbildungsgesetzes werde von einer breiten parlamentarischen Mehrheit getragen. Neben der Anhörung habe es eine sehr intensive Beteiligung aller Akteure gegeben. Dies sei gut, richtig und wichtig gewesen. Die Träger der Weiterbildung seien hier in besonderer Weise zu erwähnen. Aber auch das Ministerium mit Klaus Kaiser habe das Novellierungsverfahren intensiv begleitet. Allen Beteiligten, inklusive den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen, gebühre Dank für die kooperative Zusammenarbeit.

Weiterbildung habe für die Gesellschaft enorm an Bedeutung gewonnen und sei so wichtig wie selten zuvor; denn die Gesellschaft wandele sich derzeit sehr schnell. Das stelle große Teile der Bevölkerung vor gesellschaftliche, aber auch berufliche Herausforderungen. Dem solle durch die Novelle des Weiterbildungsgesetzes Rechnung getragen werden.

Den wichtigen Akteuren in der Weiterbildung solle eine breite Unterstützung zukommen, damit sich diese zukunftsgerecht aufstellen könnten. Zuletzt sei das Weiterbildungsgesetz vor 21 Jahren neu gefasst worden. Seitdem habe sich gesellschaftlich, aber auch politisch viel verändert.

Nach der Anhörung hätten CDU, SPD, FDP und Grüne gemeinsam eine Änderung des Gesetzentwurfs vorgeschlagen, um das Gesetz zukunftsfest und zeitgemäß zu gestalten. Hierfür seien wichtige Impulse aus der Anhörung aufgegriffen und beispielsweise der Begriff des Bildungsbudgets aufgenommen worden. Von Bedeutung sei auch die Anpassung im Bereich der politischen Bildung. In Zeiten von Fake News, von Hass, Hetze und Indoktrinierung müsse hier ein besonderer Akzent gesetzt werden, damit die nötigen Mittel zur Verfügung stünden, solchen Entwicklungen entgegenzutreten.

Die Grünen beklagten zwar eine fehlende Dynamisierung im Gesetz, doch seien die Mittel für den zweiten Bildungsweg sogar verdoppelt worden.

Lorenz Deutsch (FDP) hält Weiterbildung für eine Art von demokratischer Grundlagenarbeit. Dazu passe es gut, den Weiterbildungsbereich fraktionsübergreifend und gemeinsam voranzubringen. Dem wechselseitigen Dank für den guten und von großer Sachbezogenheit gekennzeichneten Prozess schließe er sich gerne an.

Gute Ergebnisse hätten erreicht werden können: Förderparameter würden vereinfacht, Entwicklungs- und Innovationspauschalen dienten künftig der Entwicklung aus den Institutionen heraus. Der neu zu bildende Weiterbildungsrat könne sich als gutes Instrument erweisen, um die Beständigkeit des Austausches zu unterstützen. Zudem seien inhaltliche Kriterien als förderfähig benannt worden. Hierzu zählten kulturelle Bildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung, aber auch die politische Bildung.

In der aktuellen Situation scheue sich eine Regierung vielleicht zu Recht vor finanziellen Festlegungen durch eine gesetzlich fixierte Dynamisierung. Sie könne in der Mittelfristigen Finanzplanung im Haushalt vorgesehen werden. Er gehe davon aus, dass die Weiterbildung in der nächsten Legislaturperiode in ähnlicher Weise gefördert werde und die Weiterbildungsträger mit steigenden Kosten nicht alleingelassen würden.

Helmut Seifen (AfD) schließt sich der allseits herrschenden Freude über die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes an, erinnert jedoch an drastische und eigentlich unverantwortliche Kürzungen in den vergangenen 20 Jahren sowohl unter rot-grüner als auch schwarz-gelber Regierung.

Neue Aufgaben kämen auf die Weiterbildungseinrichtungen zu, vor allem die sprachliche Schulung der in den letzten Jahren neu nach Deutschland gekommenen

Menschen. Aber auch unabhängig von dieser Herausforderung verdienten die Weiterbildungseinrichtungen eine Stärkung. In den letzten Jahren seien Weiterbildungsstrukturen weggebrochen. Gerade kleinere Städte und Gemeinden hätten nicht die Möglichkeiten gehabt, weggefallene Finanzmittel auszugleichen.

Bedauerlicherweise sehe der Gesetzentwurf keine Dynamisierung der Mittel vor. Auch wenn es nicht an gutem Willen in der Politik fehle, bleibe manches häufig im Zuge einer Güterabwägung auf der Strecke.

Bedauerlicherweise habe die AfD-Fraktion keine Gelegenheit erhalten, sich an der Erarbeitung des Gesetzentwurfs zu beteiligen. Dieses Verhalten konterkariere die hehren Ziele, die der Änderungsantrag im Zusammenhang mit politischer Bildung vorsehe. Das sei schade.

Gabriele Hammelrath (SPD) betont, schon unter Rot-Grün seien Kürzungen zweimal zurückgeführt worden. Den letzten Teil der Kürzung habe die schwarz-gelbe Regierung in der aktuellen Legislaturperiode zurückgenommen.

Das Weiterbildungsgesetz sehe bestimmte Verteilschlüssel vor, die sich an der Größe der Städte orientierten, sodass auch kleinere Städte ihren Anteil an Finanzmitteln erhielten. Im Zuge der Novellierung würden zudem Mindestgrenzen eingeführt und nicht allein prozentuale Anteile berücksichtigt.

Duisburg habe die Möglichkeiten des zweiten Bildungswegs trotz schlechter Haushaltslage sehr stark ausgebaut. Viele Kommunen leisteten im Sinne ihrer Bürgerinnen und Bürger einen großen Beitrag für Weiterbildung.

In den letzten Jahren habe sie im Parlament so viele rassistische Äußerungen seitens der AfD-Fraktion hören müssen, sodass sie dankbar für die vorgesehene deutliche Stärkung der politischen Bildung sei. Diese Erfahrungen seien auch Grund für die Entschlossenheit der demokratischen Fraktionen, das Gesetz zu novellieren.

Zwar hätten alle Parlamentarier eine Dynamisierung der Mittel befürwortet; doch der Finanzminister lehne diese ab. Mit Blick auf die Themenerweiterung bei der politischen Bildung werde deutlich gemacht, dass es parlamentarische Aufgabe sei, die gesellschaftlichen Herausforderungen bei Bedarf neu zu definieren. Das stärke die Arbeit im Parlament.

Sigrid Beer (GRÜNE) wendet sich dagegen, eine Fraktion Verantwortung für politische Bildung mittragen zu lassen, deren Parteiprotagonisten die NS-Zeit als „Fliegenschiss“ bezeichneten, von einer „erinnerungspolitischen Wende“ sprächen und aktiv Verschwörungsmythen und -ideologien auch in Bezug auf Corona befeuerten.

Helmut Seifen (AfD) wehrt sich gegen die geäußerten Rassismusvorwürfe und bittet, bis zur kommenden Woche zu belegen, an welcher Stelle seitens der AfD-Fraktion rassistische Äußerungen gefallen seien. Die Satzung der AfD sei streng demokratisch. Versagten einige Parteimitglieder, sei das sehr zu bedauern. Unerfreulicherweise gebe es jedoch in jeder Partei Personen, die versagten.

Zu dem auf den Nationalsozialismus bezogenen genannten Ausdruck habe er in einer Rede zum Antisemitismus bereits das Notwendige gesagt. Es solle auf die Parteien und nicht auf die Verfehlungen einzelner Personen in diesen Parteien geschaut werden.

PStS Klaus Kaiser (MKW) führt namens der Landesregierung aus:

Ich durfte heute Nachmittag die ersten Zertifikate an Absolventinnen und Absolventen einer Bildungsmaßnahme verleihen, die auf Initiative der Landeszentrale für politische Bildung von einem politischen Bildungsträger zu Digital Coaches ausgebildet wurden. Die haben sich heute zum ersten Mal im MAGS getroffen. Vorher ist alles online gelaufen. Das entsprach im weitesten Sinne einem der Innovationsaspekte, nämlich neue Formate möglich zu machen. Im Vorfeld gab es die Sorge: Wenn demnächst alles digital läuft, müssen wir uns nicht mehr treffen. – Wenn man in die Gesichter derjenigen guckte, merkte man aber, das wird nicht ersetzt. Es herrschte große Freude. Vom Alter her gab es eine große Spreizung. Die Teilnehmenden reichten von digitalen Nerds bis hin zu Menschen, die in der Seniorenbildung tätig sind und vielleicht auch deren Alter schon erreicht haben. Man merkte wirklich eine hohe Zufriedenheit.

Leute sind über Nordrhein-Westfalen hinaus zusammengekommen. Auch das ist etwas, durch das wir in der Weiterbildung über unser Land und die Landesgrenzen hinaus strahlen wollen. Der Geist von Aufbruch ist dort gelebt worden. Wir wollen mit der Weiterbildung in eine nächste Generation vordringen. Es war durchaus ein politisch breites Spektrum gegeben. Deshalb macht es Sinn, mehr nach Gemeinsamkeiten zu suchen als nach Trennendem.

Trotzdem kann man ein Gesetz nur nach vorne bringen, wenn man in einer Landesregierung auf ein Klima der Unterstützung und Begleitung trifft, und dies nicht nur wohlwollend, sondern auch mit entsprechenden finanziellen Rahmenbedingungen. Armin Laschet hat in seiner Regierungserklärung deutlich gesagt, wir wollen in dem Bereich etwas machen. Der Konsolidierungsbeitrag ist im Nachtrag 2017 sofort zurückgenommen worden. Das ging nur, weil die Zuständigkeit für die Weiterbildung in ein Ministerium wechselte, in dem man das mitgetragen hat. Auch das gehört zu den Rahmenbedingungen.

Wir wollen jetzt einen Rahmen schaffen, in dem sich etwas entwickeln kann. Durch die Neuorganisation gehört der Kulturbereich mit ins Ministerium. Weiterbildung und Kultur haben ein Budget von 1 Million Euro zusätzlich. Weil die Bereiche verschiedene Planungsvorläufe haben, dauert es ein bisschen, bis das zusammenläuft.

Wir haben 2019 die Dynamisierung eingeführt und werden sie seitens der Landesregierung bis zum Ende der Mittelfristigen Finanzplanung vorschreiben. Das gibt allen Trägern der Weiterbildung fünf Jahre Planungssicherheit. Auch wenn wir alle eine gesetzliche Verankerung einer Dynamisierung um 2 % gerne gesehen hätten, ist Verlässlichkeit im Handeln wichtig. Gesetzestexte sind änderbar; wichtig ist eine Umsetzung in Handeln.

Zu erwähnen ist auch der zweite Bildungsweg.

Einen weiteren Punkt sind wir angegangen: Wir haben die Landesorganisationen durch zusätzliche Mittel nachhaltig gestärkt, um die Infrastruktur und die Struktur der Weiterbildungslandschaft zu stützen. Wenn wir ein Gesetz reformieren und zukunftsfähig aufstellen, ist es wichtig, über einen entsprechenden Rahmen zu verfügen. Diese Landesregierung hat einige Vorleistungen erbracht. Dann macht es umso mehr Spaß, im Konsens weiterzuentwickeln. Wir haben die Chance, bundesweit weiter Vorreiter zu sein. Wir haben die Chance, im Bereich der Grundbildung Enormes zu machen. Wir haben die Chance, neue Möglichkeiten im Bereich moderner Formate zu schaffen und damit die Flexibilität für die Einrichtungen zu erhöhen. Diese kriegen vor Ort am schnellsten mit, wie sich Bedarfe ändern. Also müssen sie unbürokratisch handeln. Es war immer unsere Prämisse, dass es unbürokratischer und flexibler werden muss. Wir müssen Anreize schaffen, dass es für Träger der Weiterbildung attraktiv ist, sich anzupassen oder auch schnell auf Bedarfe reagieren zu können. Ich glaube, das ist in der Reform des Weiterbildungsgesetzes sehr gut gelungen, nicht zuletzt durch den guten und intensiven Austausch mit den Fraktionen, aber auch durch die Rückkopplung zur Weiterbildungsszene, die mit uns sehr sachlich und ergebnisorientiert zusammengearbeitet hat.

Durch den eingeführten Weiterbildungsrat werden wir in der Diskussion bleiben und damit mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Das ist wichtig, um die gesamte Weiterbildungslandschaft, die gemeinwohlorientierte Weiterbildung, in die Zukunft zu führen.

Wir brauchen Verlässlichkeit, wir brauchen Aufbruch, wir brauchen Aufwuchs der Finanzmittel. Diese Rahmenbedingungen sind geschaffen worden. Wir brauchen die Flexibilität und Beteiligung aller. Das ist sehr gut gelungen.

Ich bedanke mich bei allen Beteiligten, allen politischen Mitstreitern. Die Kolleginnen und Kollegen werden Verständnis dafür haben, dass mein besonderer Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium gilt. Sie mussten manche Idee von uns „noch mal eben schnell“ durchrechnen. Ich hätte es verstanden, wenn sie manches Mal anders reagiert hätten. Dafür noch mal einen ganz herzlichen Dank von unserer Seite. Ich glaube, es hat sich gelohnt, und es ist ein guter Schritt in die Zukunft gelungen.

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf in der soeben geänderten Fassung mit den Stimmen aller Fraktionen zu.

3 Wie ist die Situation der studentischen Beschäftigten an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])*

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 17/5389

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) sagt auf Bitten von **Dietmar Bell (SPD)** zu, den Ausschuss zu informieren, sofern durch den Rücklauf aus den Hochschulen weitere detaillierte Angaben zur Verfügung gestellt werden können. Die bisher vorliegenden Angaben seien aufgrund unterschiedlicher Detailtiefe noch nicht miteinander vergleichbar.

4 Verschiedenes

hier: **Stand der Umsetzung von Erasmus+ und der European Student Card Initiative**

Dietmar Bell (SPD) bedankt sich für die inzwischen vorliegenden Informationen und bittet um einen aktualisierten Bericht im November.

Ministerin Isabel Pfeiffer-Poensgen (MKW) sagt ein Update zu.

gez. Helmut Seifen
Vorsitzender

2 Anlagen
09.07.2021/12.07.2021
13

Anhörung

Sitzung des Wissenschaftsausschusses

Appell an die Landesregierung. Soziale Auswirkungen von Corona auf Studierende endlich ernstnehmen - Flächendeckende Hilfsangebote für Studierende an Hochschulen in Nordrhein-Westfalen aufbauen, ausbauen und ausfinanzieren

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/13402

am Mittwoch, dem 23. Juni 2021
16.30 bis 18.00 Uhr, Plenarsaal

T a b l e a u

eingeladen	**Redner/in** Weitere Teilnehmer/-innen	**Stellungnahme**
Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW c/o Kölner Studierendenwerk Köln	**Jörg J. Schmitz** Olaf Kroll *(per Videozuschaltung)*	**17/4053**
LAT NRW Landes-ASten-Treffen NRW c/o AStA TU Dortmund Dortmund	**Amanda Steinmaus** Tobias Zorn	**17/4081**
Carlotta Kühnemann freier zusammenschluss von student*innenschaften Berlin	**Carlotta Kühnemann**	**17/4048**
Florian Rust Bielefeld	**Florian Rust**	**17/4049**
Dr. Katharina Mangold Sozial- und Organisationspädagogik Hildesheim	**Dr. Katharina Mangold** *(per Videozuschaltung)*	**17/4047**
Florian D. Tiede Arbeitsgemeinschaft Theologiestudierende (AGT) Münster	**Florian D. Tiede**	**17/4059**

eingeladen	**Redner/in** Weitere Teilnehmer/-innen	**Stellungnahme**
Ulrich Müller CHE Gemeinnütziges Centrum für Hochschulentwicklung Gütersloh	**Ulrich Müller**	**17/4046**

Landtag Nordrhein-Westfalen

Dietmar Bell MdL

Landtag NRW Dietmar Bell MdL Postfach 10 11 43 40002 Düsseldorf

Herrn
Helmut Seifen (MdL)
Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211-884-2686
0202-478255-10
015142601839

eMail dietmar.bell@landtag.nrw.de

Telefax 0211-884-3357

Düsseldorf, 11.06.2021

Bitte um einen schriftlichen Bericht der Landesregierung zur Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 23.06.2021

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

im Namen der SPD-Landtagsfraktion beantrage ich für die Sitzung des Wissenschaftsausschusses am 23.06.2021 einen schriftlichen Bericht zu dem folgenden Punkt:

Wie ist die Situation der studentischen Beschäftigten an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen?

Bundesweit ist vor kurzem eine Kampagne gestartet worden, die einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte bzw. eine Einbindung dieser in den Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) fordert (tvstud.de). Die Forderungen umfassen grundsätzlich eine bessere Bezahlung, festgelegte Urlaubstage, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, mehr Mitbestimmung durch bspw. einen Personalrat. Da die aktuelle Situation jedoch von Hochschule zu Hochschule z.T. stark variiert, scheint ein Überblick über unsere nordrhein-westfälischen Hochschulen erforderlich.

Deshalb haben wir folgende Fragen an das Ministerium für Kultur und Wissenschaft:

1. Welchen Stundenlohn erhalten studentische Beschäftigte an den jeweiligen Hochschulen in NRW? (Bitte nach Hochschule aufschlüsseln.)

Privatanschrift: Dietmar Bell, Oberwall. 23, 42283 Wuppertal
Wiss. Mitarbeiter im Landtagsbüro: Dr. Ralf Heming, eMail: ralf.heming@landtag.nrw.de, Tel. 0211-884-4269

2. Wie hat sich der Stundenlohn in den letzten 10 Jahren an den jeweiligen Hochschulen entwickelt?
3. Welche Strukturen von einer Vertretung der Belange studentischer Hilfskräfte weisen die einzelnen Hochschulen in NRW auf? (Strukturen wie bspw. Anzahl an gewählten Vertreter*innen, Entlohnung, vorhandene Räumlichkeiten, zur Verfügung gestelltes Budget, o.ä.) (Bitte auch wieder nach Hochschule aufschlüsseln.)
4. Welche Mindestvertragslaufzeiten haben studentische Beschäftigte? (Bitte auch wieder nach Hochschule aufschlüsseln.)
5. Welche Urlaubsansprüche haben studentische Beschäftigte? (Bitte auch wieder nach Hochschule aufschlüsseln.)
6. Welche zusätzlichen Leistungen werden studentischen Beschäftigten angeboten? (Bitte auch wieder nach Hochschule aufschlüsseln.)
7. Welche Regelungen existieren für Lohnfortzahlungen im Krankheitsfall? (Bitte auch wieder nach Hochschule aufschlüsseln.)

Mit freundlichen Grüßen

Dietmar Bell